

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Sondernummer

31. Jänner 1966

Einzelpreis S 2,-

Politische Bankrotterklärung der KPÖ-Führung

ACHT FRAGEN UND EINE ANTWORT ZUM SP-WAHLBESCHLUSS DER KPÖ-FÜHRUNG

Der unter dem Druck der revisionistischen Führung von der Parteikonferenz der KPÖ gefaßte Mehrheitsbeschluß, in 24 von 25 Wahlkreisen zugunsten der SPÖ auf eigene Kandidaten zu verzichten, wird wie jeder Rechtsruck einer sich links gebärdenden Partei mit "linken" Argumenten begründet. Es ist nützlich, sich mit ihnen ausführlich auseinanderzusetzen.

Die revisionistischen Argumente sind die folgenden:

»An der Spitze der ÖVP stehen die reaktionärsten Männer dieser Partei. Wenn die ÖVP die absolute Mandatsmehrheit erhielte (dazu fehlen ihr nur 2 Mandate), dann würden die Reaktionäre an der Spitze der ÖVP zur Alleinherrschaft übergehen. Das würde zu einem weiteren Erstarken der Reaktion und zu einer Generaloffensive der Reaktion gegen alle Errungenschaften der arbeitenden Menschen führen. Dieser Gefahr müsse man durch Stärkung der SPÖ - auch mit den Stimmen der Kommunisten - entgegenreten. Die absolute Mandatsmehrheit der ÖVP zu verhindern, sei die bei den kommenden Wahlen entscheidende Frage. Der Beschluß der KPÖ, für die SPÖ zu stimmen, trage lediglich dieser gegenwärtigen Situation Rechnung und gelte nur für diese Wahlen.«

Eine solche Argumentation fordert eine ganze Reihe von Fragen heraus:

DIE REGULÄRE NUMMER DER
"ROTEN FAHNE" MIT DEM
WAHLAUFRUF DER AR-
BEITERLISTE M. L. Ö.
(Marxisten-Leninisten Österreichs)
SOWIE EINE WEITERE SONDER-
NUMMER ERSCHEINT IN WE-
NIGEN TAGEN !



Erste Frage: WIESO KONNTE DIE REAKTION SO STARK UND SO GEFÄHRlich WERDEN ?

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die ÖVP sich seit 1945 in einer ständigen Rechtsentwicklung befindet. Diese Entwicklung widerspiegelt sich in der Reihe der Persönlichkeiten an den Spitzenpositionen dieser Partei: Figl - Raab - Gorbach - Klaus. Jeder Nachfolger war reaktionärer als sein Vorgänger. Wurde diese Entwicklung durch Wahlerfolge der SPÖ aufgehalten? Nein! Auch wenn die SPÖ Wahlerfolge hatte, war jeder folgende Führungswechsel in der ÖVP und in der Regierung ein Ruck nach rechts. Die Wahlergebnisse wechselten - aber die Entwicklung in der Zusammensetzung der österreichischen Regierungen zeigte immer die gleiche Tendenz nach rechts. Das läßt sich aber nur so erklären: Die SPÖ ist kein Gegengewicht gegen das Vordringen der Reaktion, sondern eine Brücke!

Die Politik der "Sozialpartnerschaft" ("Arbeiter und Kapitalisten sitzen auf einem Ast") und des Antikommunismus ("Nie mit den Kommunisten!") sowie der unbedingten Verteidigung des bürgerlichen Staates ("Österreich wird nie Volksdemokratie") mußte zwangsläufig dazu führen, daß die SP-Führung mit der ÖVP-Führung durch dick und dünn geht. So war die SPÖ - unabhängig vom Auf und Ab der Wahlergebnisse - immer in der Rolle des Sekundanten. Die ÖVP stützte und stützt sich auf ihre Klasse, auf die Kapitalisten; sie setzte und setzt auch alle außerparlamentarischen Machtmittel ein (dabei steht die herrschende Gesellschaftsordnung und der bestehende bürgerliche Staatsapparat auf ihrer Seite!). Stützt sich aber die SP-Führung auf die Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse? Nein! Sie ist nur ihrer mitgliedermäßigen Zusammensetzung nach eine Arbeiterpartei, nicht aber in bezug auf ihre Politik. Sie war und ist nicht bereit, die Kraft der Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen, sondern bedauert, immer nachgeben zu müssen: man muß leider Konzessionen machen, das sind eben die Notwendigkeiten der "Sozialpartnerschaft", der Zusammenarbeit, das erfordern die "parlamentarischen Spielregeln" usw.

Die reaktionäre Entwicklung in der ÖVP und in der österreichischen Regierung ist also die logische Folge der Politik der SPÖ-Führung. Die Gefahr einer weiteren Verschärfung des reaktionären Kurses in Österreich wurde und wird von der SP-Führung selber heraufbeschworen. Wenn die Revisionisten nun zum "Schutz vor der reaktionären Gefahr" empfehlen, die SPÖ zu wählen, so empfehlen sie damit, den Bock zum Gärtner zu machen!

Zweite Frage: HAT DIE REAKTION BISHER NOCH KEINE PARLAMENTARISCHE MEHRHEIT ?

Die SPÖ verfügt im jetzigen Parlament über 76 Abgeordnete. Ihnen stehen 81 Abgeordnete der ÖVP und 8 der FPÖ, zusammen also

89 Abgeordnete der Parteien des Großkapitals gegenüber. (Mit Herrn Olah sind es sogar 90). Wenn die unmittelbaren Vertreter des Kapitals also zur "Alleinherrschaft" übergehen wollten, hätten sie auch schon jetzt (schon seit 1945!) eine parlamentarische Mehrheit dazu. Hielte es die ÖVP schon für möglich und zweckmäßig, die SPÖ von der Regierung auszuschalten, müßte sie bloß von der "großen" Koalition (mit der SPÖ) zur "kleinen" Koalition (mit der FPÖ) übergehen. Das wäre nicht nur vom rein parlamentarischen Standpunkt aus ohne weiteres möglich, sondern einer solchen ÖVP-Entscheidung hat die SPÖ sogar insoferne Argumente geliefert, als sie selbst bekanntlich schon mit dem Gedanken einer "Kleinen Koalition" mit der FPÖ gespielt und diese sehr anrühige Partei zu einer "liberal-fortschrittlichen" Partei erklärt hat. (Dem Vorläufer der FPÖ, dem neofaschistischen VdU, hat bekanntlich die SP-Führung Geburtshilfe geleistet.)

Wenn die ÖVP eine solche "Alleinherrschaft" der direkten Kapitalvertreter bisher nicht installiert hat, so haben sie nicht politische Skrupel daran gehindert, sondern lediglich Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit. Denn die Kapitalisten ziehen es vor, ihre tatsächliche Alleinherrschaft so lange wie möglich dadurch zu tarnen, daß sie vermeintliche Arbeitervertreter an der Regierung teilnehmen lassen. Solche "Arbeitervertreter" können, sofern sie noch Anhang haben, mit wesentlich geringeren Schwierigkeiten unpopuläre Maßnahmen durchführen als die zu offen als Vertreter der Kapitalisten auftretenden und als solche zu verrufenen Politiker der bürgerlichen Parteien. So hätten beispielsweise die österreichischen Arbeiter den Verkauf des Raxwerkes zweifellos mit weit schärferen Kampfmaßnahmen beantwortet, wenn der dafür verantwortliche Minister nicht ein "Sozialist", sondern ein ÖVP-ler gewesen wäre. Daß die ÖVP trotz der längst vorhandenen bürgerlichen Parlamentsmehrheit mit der SPÖ eine Koalitionsregierung bildete, beweist eben nur, daß die "Mitarbeit" der SPÖ-Führer für sie immer noch wertvoller war und ist als die "Alleinherrschaft". Es gibt derzeit keinen Hinweis dafür, daß sich daran schon in der nächsten Zukunft etwas ändern könnte - auch wenn SPÖ-Führer und KPÖ-Revisionisten so tun, als hinge alles von der Verteilung von zwei Parlamentssitzen ab und sich auf Äußerungen von ÖVP-Führern berufen, daß nach den Wahlen die bisherige Form der Koalition (genauer: des Koalitionspaktes!) geändert werden könnte. Ähnliche Warnungen der SP-Führer und ähnliche Drohungen der ÖVP-Gewaltigen hat es noch vor jeder Wahl gegeben und trotzdem hat man sich nach den Wahlen wie-

Beim Koalitionsphotographen



„Bitte recht unfreundlich, sonst glauben's uns die Leut' nicht.“

(Aus der "Volksstimme" von 1956)

der zu einer Form der Koalition zusammengestritten, nachdem die SP-Führer weitere Federn gelassen hatten. Solange die Teilnahme der SPÖ an der Regierung den Kapitalisten ihre tatsächliche, aber demagogisch verhüllte Alleinherrschaft erleichtert, besteht für die Partei der Kapitalisten kein Grund, die unverhüllte Alleinherrschaft anzutreten und einen für sie noch so nützlichen Verbündeten vor die Türe zu setzen.

In diesem Zusammenhang erhebt sich aber die dritte Frage:

SIND FPÖ-ABGEORDNETE WENIGER REAKTIONÄR ALS ÖVP-ABGEORDNETE ?

Nach der Argumentation der SPÖ-Führer und der KPÖ-Revisionisten besteht die durch die SP-Stimmzettel zu bannende Gefahr darin, daß die ÖVP aus dem Zerfall der FPÖ Nutzen ziehen und durch Eroberung von nur 2 FPÖ-Mandaten die absolute Mehrheit erreichen und zur "Alleinherrschaft" übergehen könnte. In logischer Fortsetzung dieser "Überlegungen" müßten die Revisionisten der FPÖ eigentlich die Behauptung ihrer derzeitigen Mandatszahl wünschen. Denn: verliert die FPÖ zwei Mandate an die ÖVP, dann hätte diese doch die absolute Mehrheit und ginge zur "Alleinherrschaft" über! Behauptet die FPÖ aber ihre Mandate, dann bekommt die VP nicht die absolute Mehrheit und ihre "Alleinherrschaft" ist verhindert. Laut dieser Logik wären zwei FPÖ-Mandate mehr ein Schutz, aber zwei ÖVP-Mandate mehr eine Gefahr für die Demokratie. Die extrem reaktionäre FPÖ wäre demnach ein Bollwerk gegen die ÖVP, in der es immerhin auch noch liberale Elemente gibt. Man sieht, zu welchen haarsträubenden Konsequenzen die Logik des Revisionismus führt!

Die Ursache dieser katastrophalen

Richtig wählen!

Der offene Ausdruck der Empörung ist in dieser sonderbaren Koalitionsdemokratie, in der wir leben, nicht immer leicht. SP und VP benützen die Vergebung von Arbeitsplätzen als politische Druckmittel. Die Frage: bei welcher Partei sind Sie, ist nur zu oft die Schicksalsfrage, die über Erfüllung und Nichterfüllung eines Ansuchens entscheidet. Der Gewissensdruck, die Eskortierung von unzufriedenen SP-Mitgliedern vor die Bonzen, welche die Empörten zu gleicher Zeit mit Bitten und mit Drohungen bestürmen: Schau, das kannst du doch nicht machen, und: Wenn du das machst, wirst du schon sehen, was passiert — das alles ist bekannt. Viele haben deshalb die Fäuste nur in der Tasche gehalten, haben ihren Zorn hinuntergewürgt, und sich gedacht: Auch unsere Zeit kommt einmal. Andere haben sich sogar resigniert gesagt: Wir kleinen Leute können gegen die da oben ja doch nichts ausrichten.

Um den kleinen Mann kümmert sich vier Jahre lang weder die SPÖe noch die ÖVP. Vier Jahre lang wird die Wirtschaftspolitik der Großen gemacht. Vier Jahre lang macht die ÖVP die österreichische Politik und die SPÖe macht die Politik der ÖVP. Vier Jahre lang fühlen sich die Koalitionsparteien sicher.

Aber einmal in vier Jahren, wenn der Wahltermin herankommt, müssen sie sich doch direkt an den kleinen Mann wenden. Dann warten sie mit Zittern, was der kleine Mann über ihre Politik zu sagen hat. Das ist der Moment, da er etwas machen kann, das ist der Moment, da er die Fäuste aus der Tasche nehmen kann. Das ist der Moment, da der Arbeiter ihnen zeigen kann, daß er ihnen nicht wieder hineinfällt.

Bisher haben sich ÖVP und SPÖe in dem Gefühl gewiegt, sie hätten ein Monopol auf die Politik und können sich deshalb erlauben, was sie wollen. Das hat auch jener SP-Mandatar zum Ausdruck gebracht, der sagte: Wir können uns alles gestatten, denn zum Schluß wählen uns die Leute ja doch wieder, gut ist gelaufen, nix ist geschehen. Das einzige Mittel, das auf diese Parteien ohne Herz und Verstand noch einen Eindruck macht, ist, ihnen zu zeigen, daß es diesmal nicht gut gegangen und daß etwas geschehen ist.

Nur wenn sie am Abend des kommenden Wahltages bei der Verkündung der Ergebnisse sich bewußt werden, daß ihnen ein großer Teil ihrer früheren Wähler die Einwilligung zu der Politik, auf die sie ein unerschütterliches Monopol zu haben glaubten, diesmal nicht mehr gegeben hat, werden sie verstehen, daß sie nicht mehr, unkontrolliert vom Volk, machen können, was sie wollen.

Dieser KPÖ-Leitartikel vom 4. Februar 1953 sagte damals die Wahrheit und er gilt auch für heute!

Fehlleistung der revisionistischen Argumentation liegt darin, daß die Revisionisten ebenso wie die SP-Führer die weitere politische Entwicklung nur als Ergebnis der Stimmen- und Mandatsverteilung ansehen. Das ist die alte sozialdemokratische Denkart, die Lenin als "parlamentarischen Kretinismus" bezeichnet hat. Diesen parlamentarischen Kretinismus haben die Kommunisten immer aufs Schärfste bekämpft, weil er im Widerspruch zur Grunderkenntnis des Marxismus steht, daß die politische Entwicklung nicht von der Sitzverteilung im "Hohen Haus", sondern vom Verhältnis der Klassenkräfte abhängt, wobei Wahlergebnisse bestenfalls eine Widerspiegelung dieses Verhältnisses sein können. Was in Wirklichkeit die politische Entwicklung bestimmt, sind also die Klassenkräfte. Soll der Reaktion der Weg versperrt werden, dann muß die Kraft der Arbeiterklasse geweckt und eingesetzt werden - genau das Gegenteil von dem, was die SP-Führer tun. Wenn man daher auffordert, eben diesen SP-Führern die Stimme zu geben, bedeutet das, daß man ihnen bei ihrer Schützenhilfe für das Kapital noch Beistand leistet! Daran ändern auch alle "Vorbehalte" der Revisionisten nicht das Geringste. Es hat noch keinen unredlichen Händler gestört, wenn der Kunde schimpfte, sofern er auch kaufte.

Es liegt in der Logik der politischen Entartung, daß Renegaten des Marxismus, die sich von Klassenkämpfern zu Propagandisten des parlamentarischen Kretinismus umwandeln, auch schlechte Wahlaktiver werden.

Den Beweis für diese Tatsache liefert die Beantwortung der vierten Frage, die der KPÖ-Beschluß aufwirft:

DAS SCHRIEBEN DIESELBEN LEUTE, DIE HEUTE DAS SP-STIMMZETTEL SCHWENKEN, NOCH VOR EIN PAAR JAHREN! (Leitartikel der "Volksstimme" vom 10. Jänner 1953 zu den damaligen NR-Wahlen)

Es hat keinen Sinn, SP zu wählen

Die Illusionen der sozialistischen Arbeiter sind zwar arm an Nahrung, aber sie fristen noch immer ihr Dasein. Es wäre nun freilich an der Zeit, diese Illusionen abzubauen. Was für einen Sinn soll es haben, für die SP zu stimmen, die nur von den Leistungen der Vergangenheit, von der Erinnerung an Breitner und Tandler, Bauer und Austerlitz lebt und seither zu einer Partei der grauen Fahnen und grauen Herzen geworden ist? Man muß sich doch vor Augen halten, daß die Volkspartei zwar um einige Abgeordnete mehr hat als die Sozialistische Partei, daß sie aber ohne die Sozialistische Partei nicht regieren kann und in jeder entscheidenden Frage auf die Hilfe des Koalitionspartners angewiesen war.

Was mußte das arbeitende Volk erleben? In vielen Maßnahmen, die für das Volk besonders drückend waren, hatte nicht die VP, sondern die SP die Initiative. Das Währungsschutzgesetz, das hunderttausenden kleinen Leuten ihre Spargroschen raubte, war eine Erfindung der SP und sie hat sich dessen gerührt. Die verhängnisvollen Lohn-Preis-Pakte, die das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten auf das empfindlichste verminderten, wurden von der SP ausgeheckt.

Die Haltung der SP in der bisherigen Koalition mußte jeden sozialistischen Genossen zu gründlichem Nachdenken anregen. Immer wieder hörte man die Klagen der SPOe.

Wir haben diese Klagen gehört und möchten nun nicht nur fragen: Was habt ihr getan, um die Selbstherrlichkeit der OeVP-Minister einzudämmen?, sondern wir fragen vor allem: Was haben eure Minister getan, um ihre Vollmachten zugunsten des arbeitenden Volkes auszunützen?

Schlüsselstellungen der Koalitionsregierung waren all die Jahre lang in den Händen der SPOe: das Innenministerium, das Justizministerium, das Ministerium für verstaatlichte Betriebe, das Sozialministerium. Die ÖVP-Minister haben die Interessen des Kapitals und der Reaktion wahrgenommen; wie waren die Interessen des arbeitenden Volkes bei den SP-Ministern aufgehoben? Der Innenminister war für die Preisüberwachung zuständig, aber nichts ist geschehen, um dem Preiswucher Einhalt zu gebieten.

Und der Minister für verstaatlichte Betriebe — was hat er getan, um diese Betriebe zu Musterbetrieben sozialer Fürsorge und demokratischer Arbeiterrechte zu machen, um ihre Gewinne dem Zugriff der ehemaligen Eigentümer zu entziehen und sie der Allgemeinheit zuzuwenden?

WEM HILFT DER WAHLBESCHLUSS DER KPÖ-FÜHRUNG?

Daß der SP-Wahlbeschluß der KPÖ-Führung der Arbeiterklasse nicht nützt, sondern schadet, ist nach dem bisher Gesagten zwar nicht erschöpfend, aber doch hinreichend bewiesen. Hilft er aber wenigstens der SPÖ gegen die ÖVP?

Nehmen wir einen schwachen Augenblick lang an, ein SP-Wahlerfolg wäre wirklich ein gewisser Schutz vor dem Erstarken der Reaktion und die Entscheidung der KPÖ-Revisionisten, für die SPÖ zu stimmen, trage dem Rechnung. Wenn das aber wirklich so wäre und es um jeden Preis gelte, die SPÖ zu stärken, dann müßte die KPÖ doch alle ihre Wähler zur SP-Wahl auffordern - insbesondere dort, wo deren Stimmen zahlenmäßig am stärksten ins Gewicht fallen. Die Revisionisten aber haben das Umgekehrte getan. Gerade dort, wo die kommunistischen Stimmen der SPÖ mit Sicherheit ein zusätzliches Mandat verschafft hätten - im Wiener Wahlkreis 4 -, gerade dort kandidieren sie doch, obwohl die Erringung eines Mandates für sie in höchstem Grade unwahrscheinlich ist und der FPÖ (!) ein Restmandat erleichtern kann. Im Wahlkreis 4 haben die Kommunisten und Linksozialisten 1962 rund 21.000 Stimmen erhalten. Zieht man sie von der Gesamtzahl der KLS-Stimmen ab, verbleiben noch etwa 114.000 Stimmen. Aber kann die KPÖ-Führung wirklich über diese Stimmen verfügen? Keineswegs. Sie kann es erstens nicht, weil ihr Einfluß auf Grund ihrer verfehlten Politik (wie alle bisherigen Wahlergebnisse zeigten) weiter empfindlich zurückgegangen ist, und sie kann es zweitens - und vor allem - nicht, weil ein beträchtlicher Teil früherer KLS-Wähler den Aufruf der KPÖ-Revisionisten, jetzt Pittermann und Kreisky, Broda und Czettel zu wählen, nicht befolgen wird. Schließlich haben sie bei den früheren Wahlen ja gerade deshalb kommunistisch gewählt, weil sie nicht länger bereit waren, jenen SP-Führern die Stimme zu geben, deren traurige Rolle sie bereits durchschaut hatten. Die SPÖ wird aus der Konkursmasse der KPÖ also bei weitem keine 114.000 Stimmen erben.

Auf der anderen Seite hat aber der KPÖ-Beschluß allen reaktionären Parteien, vor allem der ÖVP, genau den "Wahlschlager" geliefert, den sie gebraucht haben und der heute buchstäblich ihr einziger ist: die "Rote Katze". Für dieses schon abgemagerte Vieh konnte die ÖVP sich kein besseres Fressen wünschen als den Beschluß der KPÖ-Konferenz. Neu gestärkt kann diese "Rote Katze" nun auf Stimmenfang ausgehen und die vom Antikommunismus der SP-Führung gezüchteten und geblendeten Mäuse zu Tausenden verspeisen. Es ist garnicht ausgeschlossen, daß die "Rote Katze" der SPÖ mehr alte Wähler (vor allem bisherige "Randschichtenwähler") wegfressen wird, als die KPÖ-Revisionisten der SPÖ an neuen, früher kommunistischen Wählern zum Fraß vorwerfen können. Bestenfalls wird das Plus und Minus einen kleinen Überschuß für die SPÖ ergeben, möglicherweise aber auch ein Manko. Die "Wahltaktik" der KPÖ-Revisionisten erweist sich also sogar auch von ihrem wahlgeometrischen Gesichtspunkt aus als eine äußerst fragwürdige Spekula-

tion. Und um einer solchen Spekulation willen hat sich die KPÖ-Führung politisch in einer Weise prostituiert, die kaum ein Beispiel hat!

Die Revisionisten wollen sich und die bisherigen kommunistischen Wähler über die Folgen ihrer Bankrott-Politik hinwegtäuschen, indem sie sich auf gewisse Echos ihrer Entscheidung in bürgerlichen Blättern berufen. Sie begeistern sich einerseits an bürgerlichen Kommentaren, welche die "Weisheit" ihres Beschlusses preisen, der die KP "wieder ins Spiel" bringe, andererseits an solchen, in denen die - gespielte! - "Bestürzung" der ÖVP darüber zum Ausdruck kommt. In Wirklichkeit beweist die ausgiebige Reaktion der bürgerlichen Presse auf den KPÖ-Beschluß nur, wie sehr sie ihn als Mittel des Stimmen- und Wählerfangs ausschachten kann. Denn das "Lob der Weisheit" der Muhris und Mareks ist jenes Lob des Klassenfeindes, das schon immer reichlich gespendet wurde, wenn sich Funktionäre der Arbeiterbewegung auf Abwege begaben. Und die "Entrüstungs"- und "Schreckensrufe" seitens der ÖVP sind einfach die Naturlaute der "Roten Katze", mit der sie der SPÖ die antikommunistisch verhetzten und verschreckten Wähler abjagen will.

Vor Neuwahlen

die arbeit

NOVEMBER 1965 / HEFT 11

Von Leopold Hornik

Den Vorwurf.

Neuwahlen erzwungen zu haben, kann man der SPÖ-Führung wahrhaftig nicht machen. Was man ihr vorwerfen muß, ist ihr ständiges Nachgeben und Zurückweichen vor der ÖVP. Das jüngste Beispiel dafür war die Zurückstellung der seit Jahren fälligen Milderung der Progression bei der Lohnsteuer. Die SPÖ-Führer haben durch ihr Nachgeben der ÖVP die Verschleppung der Forderungen der öffentlich Bediensteten erleichtert, die 20 Jahre nach der Schaffung der Zweiten Republik noch immer um rund 20 Prozent hinter der Valorisierung ihrer Bezüge zurückgeblieben sind. Die SPÖ-Führer haben der Preistreiberpolitik der ÖVP bisher keinen ernststen Widerstand entgegengesetzt und zahlreiche Preiserhöhungen mitbeschlossen. Sie haben nichts unternommen, um ihre eigenen Vorschläge zur Preisstabilisierung durchzusetzen. In der Wohnungsfrage waren die SPÖ-Führer bereit, einer Erhöhung der Mietzinse zuzustimmen aber nicht für die Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes und für drastische Maßnahmen gegen den Bodenwucher einen entschiedenen Kampf zu führen. Die unter sozialistischer Führung stehenden Gewerkschaften haben sich auf eine Zurückhaltung in der Lohnpolitik festgelegt. Sie haben damit weder die beispiellosen Preiserhöhungen noch das weit höhere Ansteigen der Profite verhindern können, dafür aber eine wesentliche Verminderung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter geduldet. Nicht weniger zurückhaltend war die SPÖ bei der Verteidigung der verstaatlichten Betriebe, ob es sich um die Erhaltung der Kohlenbergwerke oder um das Rax-Werk handelte. Nirgends hat sich die SPÖ-Führung ernsthaft gegen die ständigen Angriffe der ÖVP gestellt und die Bevölkerung zum Kampf gegen diese volksfeindliche Politik aufgerufen. Alles wurde mit der ÖVP im stillen Koalitionskämmerlein zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen.

Die SPÖ bietet heute der Bevölkerung keine echte Alternative. Wie ihre westdeutsche Bruderpartei weicht sie jeder grundsätzlichen Stellungnahme aus, verwischt alle Spuren einer sozialistischen Gesinnung, offeriert sich als Partei, die grundsätzlich auf dem gleichen kapitalistischen Boden wie die ÖVP steht und es nur „besser“ machen will. Aber Halbheiten und Prinzipienlosigkeit sind kein Ersatz für ein wirkliches Konzept.

Obwohl diese Einschätzung die wahre Rolle der rechten SPÖ-Führung beschönigt und vor allem ihre aktive Mithilfe bei der Preistreibererei und bei der Lohnsteuerschraube, beim Mietzinswucher (siehe Gemeindebauten), bei der Sabotage von Lohnforderungen und beim Ausverkauf der verstaatlichten Betriebe verschweigt - gibt sie eine vernichtende Kritik der Politik der SP. UND DENNOCH HAT DIE KPÖ SCHON EIN PAAR WOCHEN SPÄTER BEGONNEN, DIE ARBEITERSCHAFT ZUR UNTERSTÜTZUNG UND BELOHNUNG DIESER VERRÄTERISCHEN POLITIK AUFZUFORDERN!

Fünfte Frage: HANDELT ES SICH NUR UM EINEN
EINMALIGEN BESCHLUSS DER KPÖ-FÜHRUNG ?

Die Revisionisten behaupten, es handle sich nur um einen einmaligen Beschluß, welcher der augenblicklichen, besonderen Situation Rechnung trage, aber nicht auch für spätere Wahlen gelte.

Nehmen wir - wieder entsprechend der revisionistischen Argumentation - an, der Wahlbeschluß solle die drohende Gefahr der ÖVP-Mehrheit abwenden. Doch ist eine solche Gefahr etwa ein einmaliges und nicht wiederkehrendes Ereignis? Wird diese Gefahr nach diesen Wahlen etwa nicht mehr existieren? Niemand kann das annehmen. Ist die Begründung des Beschlusses also stichhältig, so kann sie nicht nur für diese Wahlen gelten, sondern auch für die kommenden Wahlen. Es gibt ja nur drei Möglichkeiten des Wahlausgangs:

a) Das Mandatsverhältnis von ÖVP und SPÖ wird nicht wesentlich verändert. Dann wiederholt sich bei der nächsten Wahl die jetzige Situation. Dann droht wieder eine absolute ÖVP-Mehrheit. Dann muß die KPÖ-Führung, will sie sich nicht selber Lügen strafen, also wieder zur Wahl der SP-Führer aufrufen, um "die ÖVP-Alleinherrschaft" zu verhindern.

b) Die ÖVP erringt die absolute Mehrheit. Dann stellt sich - bleibt man auf dem Boden der revisionistischen Argumentation - für die nächste Wahl die Aufgabe, diese ÖVP-Mehrheit um jeden Preis zu beseitigen. Dann wäre es also noch "notwendiger" als jetzt, für die SPÖ zu stimmen.

c) Die SPÖ erhält mehr Mandate als die ÖVP und stellt den Bundeskanzler. Selbst wenn man an einen so unwahrscheinlichen Wahlausgang glaubt, wird doch niemand annehmen, daß die SPÖ dabei eine so erdrückende Mehrheit über die ÖVP erringen würde, daß es ihr auf ein paar Mandate mehr oder weniger nicht ankommt. Es würde sich bestenfalls um eine sehr knappe Mehrheit handeln. Gerade eine so knappe Mehrheit könnten aber die revisionistischen Wahltaktiker unmöglich durch eine sogenannte "Absplitterung von Arbeiterstimmen", das heißt durch eine eigene Kandidatur, aufs Spiel setzen. Haben die rechten SP-Führer schon bei früheren Wahlen die kommunistischen Wähler mit der Hoffnung auf einen möglichen SP-Bundeskanzler zu ködern versucht und dabei in einzelnen Fällen Erfolg gehabt - um wieviel wirkungsvoller und verheerender wäre erst ihre Demagogie, wenn sie sagen könnten: "Habt Ihr, kommunistische Wähler, etwa einen VP-Bundeskanzler lieber als einen 'sozialistischen'? Gebt uns die Stimme oder Ihr seid schuld, wenn der 'Arbeiterkanzler' gestürzt wird!" In der Sprache des parlamentarischen Kretinismus ausgedrückt: in einer solchen Situation wäre es am aller notwendigsten, der SPÖ die Stimme zu geben.

Wie immer also die Wahlen ausgehen, wird die KPÖ-Führung gezwungen sein, den gleichen (oder einen alle Wahlkreise erfassenden) Beschluß wie diesmal zu fassen, solange sie in der SPÖ einen Schutz

vor der Reaktion sieht. Sie hat sich mit ihrem "einmaligen Beschluß" in die dauernde Gefangenschaft der SPÖ-Führung begeben. Aus dieser Gefangenschaft wird sie sich erst dann befreien können, wenn sie das als falsch erklärt, was sie heute als richtig preist. Aber wird sie dann noch Aussicht haben, sich gegenüber einer SP-Argumentation durchzusetzen, auf deren Mühlen sie selber so viel Wasser geleitet hat?

Doch man soll die revisionistischen "Taktiker" nicht unterschätzen. Sie haben eine geheime Wunderwaffe auf Lager: die Wahlrechtsreform. Stellen wir also die sechste Frage:

WELCHE WAHLRECHTSREFORM KANN MAN VON DER KOALITION ERWARTEN ?

In ihrem "Programm für Österreich" verspricht die SPÖ, sich für eine Wahlrechtsreform einzusetzen, die allen Stimmen das gleiche Gewicht geben soll. Die SPÖ dürfte aber nicht die SPÖ sein, wenn man den Versprechungen ihrer Führer glauben sollte. Erstens ergibt sich die Frage, wie die SPÖ eine solche Reform zustandebringen könnte. Daß die ÖVP eine Wahlordnung, die ihre Mandatsmehrheit erhalten hilft, nur unter äußerstem Druck aufgeben wird, steht außer Zweifel. Denkt man also nicht an irgendeinen demagogischen Schacher, sondern an eine wirklich demokratische Reform, dann könnte sie nur das Ergebnis schärfsten außerparlamentarischen Kampfes sein. Wer kann aber glauben, daß die SP-Führung einen solchen jemals führen wird? Abgesehen von ihrer allgemeinen Politik des Paktierens mit der ÖVP wäre die SPÖ an einem solchen Kampf schon deswegen uninteressiert, weil eine wirklich durchgreifende Wahlrechtsreform ihren Parteiinteressen widerspräche. Man erinnert sich noch der zweideutigen Erklärungen der KPÖ-Führer in der Vorwahlperiode, ihre Wahlentscheidung hänge auch von der Lösung des Wahlrechtsproblems ab. Hatte jemand gedacht, damit sei angedeutet worden, die KPÖ wolle die SP-Führung mit Stimmen "belohnen", falls sie eine Wahlrechtsreform durchsetze, so hat die Pra-

Der heutige Ehrenvorsitzende der KPÖ, Johann Koplenig, auf dem ZK-Plenum vom 24. März 1953, vier Wochen nach den Wahlen:

Die sozialistischen Arbeiter und die sozialistischen Wähler stehen heute der Tatsache gegenüber, daß nach dem Wahlerfolg der SP eine noch reaktionärere, volksfeindlichere Regierung ans Ruder kommt.

Allein die Tatsachen der letzten Woche — die Betrauung Raabs mit der Regierungsbildung — die Wahl des faschistischen Arbeitermörders Hartleb zum Vizepräsidenten des Parlaments, die Milchpreiserhöhung und die neuen Massenentlassungen in den verstaatlichten Betrieben, z. B. Böhler-Kapfenberg, müssen auch den sozialistischen Arbeitern die Augen öffnen, daß die SP-Führung kein Schutz gegen politische und soziale Reaktion ist, sondern, daß sie mit hilft, einem Regime der verschärften politischen Reaktion und der verschärften Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung den Boden zu bereiten.

Die SP, die bei den Wahlen zur stärksten Partei geworden ist, trägt für diese Entwicklung und für den verstärkten reaktionären Kurs die volle Verantwortung und keinerlei Manöver können darüber hinwegtäuschen, daß die SP-Führung nach diesen Wahlen noch mehr als bisher die Hauptstütze des Regierungskurses ist, auch wenn der Raab an der Spitze der Regierung steht.

Das erfordert von der Kommunistischen Partei die maximalste Verstärkung der Aufklärungsarbeit unter den Massen über die reaktionäre, antidemokratische und volksfeindliche Rolle der SP-Führung, die Aufklärung darüber, daß ungeachtet aller Scheinmanöver zwischen der SP und VP eine untrennbare Einheit besteht, daß beide sich darüber einig sind, die Befehle der Amerikaner durchzuführen.

xis diese Annahme jetzt widerlegt. War aber gemeint, die KPÖ werde auf eine eigene Kandidatur verzichten, falls keine Wahlrechtsreform zustande komme, so konnte man das schwerlich als Ansporn für die SPÖ auffassen, die Wahlrechtsreform durchzusetzen - es sei denn, man nimmt an, daß die SPÖ an einer gesamtösterreichischen Kandidatur der KPÖ Interesse hatte. Die SP-Führung ist sicher nicht begeistert, wenn die KPÖ ihre Anbietung an sie so laut in alle Welt hinausschreit - aber die Stimmen kommunistischer Wähler nimmt sie trotzdem gern. Warum soll sie also so sehr darauf erpicht sein, einen Zustand zu beenden, der ihr zehntausende kommunistische Stimmen einbringt? Wenn sich die SP-Führung mit der ÖVP über irgendeine Wahlrechtsreform einigen sollte, dann wird das zweifellos eine solche sein, die der FPÖ die Erhaltung oder Vermehrung ihrer Mandate sichert. Es ist schwer zu verstehen, wie man so eine Manipulation als ein Stück "demokratischer Erneuerung" betrachten könnte.

Siebente Frage: WAS GESCHIEHT, WENN DIE ÖVP
DOCH DIE ABSOLUTE MEHRHEIT ERHÄLT ?

Diese von den Revisionisten immer wieder gestellte Frage ist das stärkste "Argument" ihres Wahlbeschlusses. Auch ehrlich antirevisionistisch gesinnte Genossen versucht man, davon zu überzeugen, daß man diesmal, wenn auch "widerstrebend und blutenden Herzens", doch die SPÖ wählen müsse. Man verschweigt dabei bloß die zwei entscheidenden Tatsachen, die wir schon unterstrichen haben: erstens, daß die Reaktion ohnedies schon über eine solide Parlamentsmehrheit verfügt (89 zu 76) und auch nach der Wahl verfügen wird, und zweitens, daß es nicht auf die Verhinderung der Mandatsverschiebung innerhalb der zwei reaktionären Parteien, sondern auf die Verhinderung ihrer gemeinsamen reaktionären Absichten ankommt. Daß aber die SPÖ-Führer, selbst wenn die Wahlen ihnen einen Mandatszuwachs brächten, in keiner Weise geeignet sind, den Plänen der Reaktion ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen, beweist wohl am deutlichsten ihre Kapitulation in der Frage des Raxwerk-Verkaufes.

Die verstaatlichte Industrie ist bekanntlich heute die wichtigste politische, materielle und personelle Grundlage der organisatorischen Stärke der SPÖ. Die SP-Führung müßte also schon aus reinem Parteiinteresse, aus purem Selbsterhaltungstrieb, die verstaatlichte Industrie mit allen Mitteln verteidigen. Aber nicht einmal dazu reicht ihre Kampfentschlossenheit. Und da sollte diese Partei imstande sein, die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse im Kampf gegen die ÖVP- und FPÖ-Reaktion zu vertreten?

Eben weil wir wissen, daß alle Interessen der arbeitenden Menschen nur durch ernststen Klassenkampf wirksam vertreten werden können, können und dürfen wir nicht ins Horn der Revisionisten stoßen!

Es stimmt weder, daß durch die Verhinderung der ÖVP-Mehrheit die Gefahr der Reaktion gebannt ist, noch stimmt es, daß bei einer even-

Eine parlamentarische Mehrheit der ÖVP, die auf eine kämpfende Arbeiterklasse unter klassenbewußter Führung stoßen würde, wäre weit schwächer als eine ÖVP-Minderheit im Parlament, die damit rechnen kann, daß der Einfluß der SPÖ-Führer stark genug ist, die Arbeiterklasse vom Kampf abzuhalten!

Kampf-, aber auch Wahlbündnisse von Kommunisten mit anderen Parteien, Organisationen und Gruppen sind nicht etwas prinzipiell Falsches, sondern ein so weitgehend als möglich anzuwendendes Mittel im Kampf gegen die Reaktion und für den Sieg des Sozialismus. Keine einzige kommunistische Partei, der es bisher gelungen ist, die proletarische Revolution zum Sieg zu führen, konnte auf dieses Mittel verzichten. Wie überall stellt sich aber auch hier die Frage: wem nützt das Bünd-

Die Regierung ist zurückgetreten, wie es die Verfassung vorschreibt. Für nach Pfingsten ist der Beginn der Verhandlungen über die Neubildung der Regierung anberaumt. Es war zu erwarten, daß die OeVP die Verhandlungen mit einer starken Stimmungsmache einleitet. Man lanciert allerlei „Ansprüche“, verbreitet Kombinationen usw. Man läßt herumreden, daß sich durch das Wahlergebnis alles mögliche geändert hätte, dem bei den Verhandlungen „Rechnung getragen“ werden müßte. Demgegenüber ist es in sozialistischen Kreisen mehr als unangenehm vermerkt worden, daß der Parteivorstand, bevor überhaupt noch verhandelt wird, schon mit einem Bekenntnis zur unbedingten Fortsetzung der Koalition herausgekommen ist. Noch war nicht einmal das endgültige Wahlergebnis bekannt, wurde vom Parteivorstand bereits proklamiert, die Wähler hätten für die unbedingte Fortsetzung der Koalition gestimmt, hätten „die beiden Regierungsparteien bestätigt“.

DIESER LEITARTIKEL GING UNMITTELBAR NACH DEN WAHLEN DES JAHRES 1956 DURCH DIE GESAMTE KPÖ-PRESSE. ES IST TRAURIG, DASS MAN IHN HEUTE JENEN UNTER DIE NASE HALTEN MUSS, DIE IHN SELBER GESCHRIEBEN HABEN !

dern für die Arbeiterschaft. Auf dieser Rutschbahn ist ja auch in der Vergangenheit eine Kapitulation vor der OeVP nach der anderen gefolgt, hat die SP immer mehr Vorteile der OeVP und dem Kapital überlassen und um der unverbrüchlichen Zusammenarbeit mit der OeVP willen, immer wieder die Interessen der Arbeiter geopfert. Und jetzt weiter auf diesem Weg fortzufahren, der OeVP sogar noch vor Beginn der Verhandlungen schon mit dem Bekenntnis zur Koalition um jeden Preis zu begegnen, das würde bedeuten, auf dieser Rutschbahn der Kapitulation noch weiter zu rutschen und der OeVP die Interessen der Arbeiterschaft sozusagen auf dem Servierbrett als Opfer darzubringen. Das würde bedeuten, aus dem Wahlergebnis erst jenen Wahlsieg der OeVP zu machen, den sie in ihrer Presse proklamiert.

Hat sich denn an den Klassenverhältnissen nach den Wahlen etwas geändert? Zwischen den Klassen hat sich nichts geändert. Und daß die OeVP aus den Wahlen so herauskommen konnte, das verdankt sie ja hauptsächlich dem beständigen Zurückweichen des SP-Vorstandes vor der OeVP auf der Linie: Koalition um jeden Preis.

nis, wohin führt es, bringt es die revolutionären Kräfte vorwärts oder zerrt es sie zurück? Ein für die Arbeiterklasse nützliches Bündnis kann es nur sein, wenn es nicht prinzipienlos ist. Darum ist es notwendig, daß diesem Bündnis ein gemeinsames Minimalprogramm zugrundeliegt, auf das sich die Partner geeinigt haben, zu dem sie sich bekennen und das sie einhalten. Es ist dazu weiter notwendig, daß sich die Partner auf der gemeinsam zu begehenden Wegstrecke und im Kampf für die gemeinsamen Etappenziele als Kampfgesährten anerkennen und ungeachtet aller Differenzen in weitergehenden Fragen nach außenhin auch als solche auftreten. Die Kampfkraft einer solchen Gemeinschaft ist weit größer als die Summe der Kräfte der einzelnen Partner, weil ein derartiges Bündnis sehr breite Massen zu erfassen und in den Kampf einzubeziehen vermag. Kommt es zur Bildung einer solchen Kampfgemeinschaft für fortschrittliche Ziele, so mag das andererseits auch die Reaktion zur Sammlung und Vereinigung ihrer Kräfte anspornen. Aber die Arbeiterklasse braucht diese Polarisation der Kräfte nicht zu fürchten: eine kämpferisch geeinigte Arbeiterklasse ist letztlich stärker als die gemeinsam marschierende Reaktion.

Beim Wahlbeschluß der KPÖ-Führung fehlen alle Merkmale eines Bündnisses. Es gibt kein gemeinsames Kampfprogramm, keine Beziehungen von Partnern, sondern nur die kriecherische Anbiederung an eine Partei, deren Führung über die Kommunisten unausgesetzt Schmutzkübel ausleert und ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit Fußtritte versetzt. Die oft sogar mit einer Verstärkung ihrer antikommunistischen Hetze verbundene Beteuerung der SPÖ-Führer, sie hätten die KPÖ doch nicht um diese Unterstützung gebeten, sie sei ihnen sogar in hohem Grade peinlich, sowie die beschämenden Versicherungen der Revisionisten, es bestehe nicht die geringste "Gefahr einer Volksfront" und die SPÖ hätte sich durch keinerlei Verhandlungen oder Vereinbarungen mit der KPÖ schmutzig gemacht - all das wirkt auf die Arbeitermassen nicht anziehend, sondern abstoßend!

Freilich - der SP-Wahlbeschluß kann es jenen Kommunisten, die ihn akzeptieren, erleichtern, mit solchen Sozialisten ins Gespräch zu kommen, die zu ihrem Parteivorstand noch Vertrauen haben. Aber das sind Gespräche auf der Basis der Bekräftigung der Illusionen dieser Sozialisten, Gespräche auf der Basis der Leugnung und Verurteilung eines halben Jahrhunderts revolutionärer Arbeiterbewegung! Es sind ihrer Grundlage nach also Gespräche, wie sie die SP-Führung braucht, nicht aber solche, die der Förderung der revolutionären Erkenntnis und damit dem proletarischen Klassenkampf dienen. Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialisten sind dann wertvoll, wenn sie helfen, die sozialistischen Genossen vorwärts zum Kampf zu bringen, nicht aber, wenn sie auf Grund von Argumenten und Handlungen erfolgen, die Kommunisten zu Sozialdemokraten zurückentwickeln.

Zu bedenken ist ferner, daß das Verhältnis zwischen SP-Genossen und Kommunisten sich nach den Wahlen verschlechtern wird. Dafür wird die Stimmungsmache der SP-Führung schon sorgen. Im Falle eines SP-Mißerfolges wird sie die alleinige Schuld

den Kommunisten in die Schuhe schieben. Im Falle eines Wahlerfolges aber wird sie behaupten, sie hätte die Stimmen der Kommunisten garnicht gebraucht und ohne den Wahlbeschluß der KPÖ wäre der SP-Sieg noch eindrucksvoller ausgefallen.

Doch diese "taktischen" Gesichtspunkte sind nicht das Wichtigste. Das Wichtigste - gleichgültig, wie die SP abschneidet - wird sein, daß ihre Führung den mit ihrer Politik mit Recht unzufriedenen Mitgliedern und Wählern immer den Wahlbeschluß der KPÖ unter die Nase halten kann: "Wie, Ihr seid mit unserer Politik nicht zufrieden? Sie ist Euch zu rechts? Dabei war sie sogar den Kommunisten links genug. Nicht einmal sie konnten bestreiten, daß wir die Arbeiterinteressen wirkungsvoll vertreten, denn sonst hätten sie ja nicht ihre eigenen Anhänger aufgefordert, uns zu wählen!"

Das Gegenteil von dem, was die Revisionisten behaupten, gilt auch hier: Ihr Wahlbeschluß stärkt nicht die linken Kräfte in der SPÖ, sondern steift der rechten Führung den Rücken und liefert ihr Argumente zum Kampf gegen die vorwärtsdrängenden Kräfte in den eigenen Reihen. Das bedeutet aber, daß dieser Wahlbeschluß die Voraussetzungen für die Herstellung einer kämpferischen Arbeitereinheit auch von diesem Gesichtspunkt aus nicht verbessert, sondern verschlechtert!

DARUM: ARBEITERLISTE MLO!

Die Marxisten-Leninisten haben es schon immer als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen, die Illusionen zu zerstören, mit denen die Reformisten und Revisionisten die Arbeiterklasse vom Weg des konsequenten Klassenkampfes abzubringen versuchen. Der Wahlbeschluß der KPÖ hat die Wirkung und ist dazu bestimmt,

Ernst Fischer:

Und jetzt erst recht!

Die ungeheure Gefahr, die über unsere Heimat heraufzieht, ist den Massen des Volkes noch nicht bewußt. Sie haben keine Sympathie für die Regierungsparteien, für die Koalitionspolitik, aber sie haben noch immer Illusionen. Es geht ihnen schlecht und wird ihnen künftig noch schlechter gehen, sie sind mit Recht unzufrieden, zum Teil sogar erbittert, aber sie haben die Illusion, so jämmerlich das Regime auch ist, es sei doch so etwas wie eine notdürftige Stabilität; man wisse, woran man ist, und bleibe im alten Haus, auf die Gefahr hin, daß es eines Tages über den Köpfen des Volkes zusammenkracht. Zu dieser allgemeinen Illusion kam bei vielen arbeitenden Menschen noch die besondere über die SPÖ. Obwohl sogar die Massen der sozialistischen Parteimitglieder ihren Parteivorstand verachten und über ihn nicht genug schimpfen können, ließen sie sich noch einmal von der Hoffnung übertölpeln: Vielleicht ist die SPÖ doch etwas besser als die ÖVP, das kleinere Übel sozusagen, und wenn man sie zur stärksten Partei macht, wird sie die Möglichkeit haben, ihre Versprechungen wahr zu machen. Die SPÖ ist zur stärksten Partei geworden (wenn sie auch durch mysteriöse wahltechnische Manipulationen um ein Mandat weniger hat als die ÖVP). Sie hat Vollbeschäftigung versprochen, Volkspension, Volkswohnungen, Steigerung der Kaufkraft des Schilling, Verhinderung des Baues der Reichsautobahn und Verwendung der dafür bereitgestellten Finanzmittel für soziale Zwecke. Die Wähler der SPÖ werden sich bald überzeugen, daß alle diese Versprechungen unerfüllt bleiben. Sie werden nicht umhin können, den wahren Charakter der SPÖ zu durchschauen, einer Partei, die längst aufgehört hat, auch nur eine reformistische Partei zu sein, die längst zu einem Vollzugsorgan der inländischen und vor allem der ausländischen Reaktion geworden ist. Der Unterschied zwischen den SP-Führern und den ÖVP-Führern besteht nur darin, daß die einen den Sozialismus verraten und die anderen das Christentum, beide gemeinsam verraten das österreichische Volk an das kriegslüsterne amerikanische Kapital.

WAHRE WORTE - auch wenn sie Ernst Fischer schrieb (am 26. Februar 1953, nach den Wahlen). Darum geht es seit 50 Jahren: "DEN WAHREN CHARAKTER DER SPÖ ZU DURCHSCHAUEN"! Die österreichische Arbeiterklasse wird nicht siegen können, solange sie dieses Problem nicht gelöst hat.

solche lähmenden Illusionen auch bei Kommunisten zu erzeugen. Deshalb muß man ihn ablehnen und alle Kommunisten auffordern, ihm keine Folge zu leisten!

Dieser Entscheid nimmt darüber hinaus tausenden von der SP-Führung enttäuschten, klassenbewußten und kämpferisch eingestellten Wählern die letzte Möglichkeit einer Wahlentscheidung im Sinne einer kämpferischen proletarischen Opposition. Besonders die nicht in der KPÖ organisierten oppositionellen Wähler, die eben deshalb kommunistisch wählten, weil sie mit der Politik der SPÖ-Führung nichts mehr zu tun haben wollten, stehen heute vor einem Dilemma: sollen sie zu Kreuz kriechen, sollen sie wieder anbeten, was sie schon verdammt haben, sollen sie doch wieder jene SPÖ wählen, von der sie ein jahre- und jahrzehntelanger bitterer Anschauungsunterricht weggetrieben hat? Sollen sie der Wahl fernbleiben oder leere Stimmzettel abgeben? Sollen sie irgendeiner neuen Partei - wie etwa der FDP des Herrn Olah - die sich als "Opposition" anbietet, die Steigbügel halten?

Stellen wir uns doch z.B. die Situation in Wiener Neustadt vor: Wen sollen die Raxwerk-Arbeiter und ihre Angehörigen wählen? Die ÖVP, welche die Verschacherung ihres Betriebes verlangt hat? Die SPÖ, die diesem Verlangen Folge geleistet hat? Abgesehen von der falschen Haltung, welche die KPÖ in der Frage des Raxwerkes eingenommen hat - sie hat auch auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Es ist eine wunderbare Gelegenheit für jene, die sich rasch als "Opposition" auf den Markt werfen: für den "unabhängigen" Olah und die ähnlich "unabhängigen" Mannen der sich jetzt "freiheitlich" nennenden Partei. Es besteht ernste Gefahr, daß diese Vortrupps der Reaktion dort nicht ohne Erfolg im Trüben fischen werden!

Der Wahlbeschluß der KPÖ hat zur Folge, daß tausende ehrliche Wähler, die mit Recht unzufrieden sind, faschistischen Demagogen, die sich als Opposition gebärden, in die Arme getrieben werden. Darin liegt eine außerordentliche Gefahr des Erstarkens der Reaktion, nicht aber in einem etwaigen Mandatsgewinn der ÖVP auf Kosten der FPÖ.

Der in einem politischen Harakiri mündende revisionistische Kurs der KPÖ-Führer hat es gefährlichen demagogischen Abenteurern möglich gemacht, sich als die einzig vorhandene "Opposition" aufzuspielen. DER REAKTION DIESE GEFÄHRLICHE MÖGLICHKEIT AUS DER HAND ZU SCHLAGEN, DEM JETZT HEIMATLOS GEWORDENEN BEWUSSTESTEN TEIL DER ARBEITERSCHAFT UND DES WERKTÄTIGEN VOLKES, DER AUCH DIE WAHLENTSCHEIDUNG ALS WAFFE IM KLASSENKAMPF VERWENDEN WILL, NEUEN KRISTALLISATIONSPUNKT UND SCHLISSLICH EINE NEUE HEIMAT ZU GEBEN - DARIN LIEGT SINN UND ZWECK UNSERES BESCHLUSSES, DIE KANDIDATUR VON ARBEITERLISTEN ANZUSTREBEN.

Noch sind unsere Möglichkeiten bescheiden, noch reicht unsere Hand

(Fortsetzung auf Seite 16)

EIN SPÖ-LEITARTIKLER
SCHREIBT IM SPÖ-BLATT:

Kommentar zum Tag

Wahlempfehlung

Volksfront oder Schattenkoalition zwischen Volkspartei und Kommunisten

— Von Rudolf Neumann —



„Die schmutzigen Hände“ greifen in Österreich zur Tarnkappe. Jene schmutzigen Hände, über die der Franzose Jean-Paul Sartre schon im Jahre 1948 alles gesagt hat. Die freie Welt weiß aber auch ohne Sartre, was der Kommunismus war, was er ist und was er bleibt: politische Kriminalität.

Der Kommunist fühlt sich verpflichtet, den täglichen Mord an Ulbrichts Mauer zu verteidigen. Er fühlte sich schon in den Jahren der militärischen Besetzung Österreichs ebenso verpflichtet, den täglichen Menschenraub der Sowjets zu verteidigen. Für ihn war das Abschlagen der ungarischen Freiheitskämpfer eine Rotkreuzaktion. Kein Schauprozeß war und ist ihm unmenschlich und miserabel genug.

Für den Kommunisten ist der Justizmord an Millionen etwas Selbstverständliches. (Nur weil diese anderer Gesinnung sind als er.) Für den Kommunisten ist die Einkerkierung von Millionen etwas Demokratisches. (Nur weil diese sich des Verbrechens der Freiheitsliebe schuldig machen.)

Für den Kommunisten sind jene, die in den Kriegsgefangenenlagern des Ostens zu Tode geschunden wurden — jene, die Tage und Nächte in Stehzellen, in Eislöchern und in Hitzekammern schmachten mußten, weil sie der Genosse Kommissar nach seiner Methode geständnisweich machen wollte — jene, die dann ihrem Schicksal dennoch nicht entgehen konnten, nur miserable Nazis.

Der Tiroler Bauernsohn, der zur Waffen-SS gezwungen wurde, genauso wie etwa der sozialistische Spanienkämpfer, der nach Francos Sieg in der Sowjetunion Hilfe suchte — und der diese „Hilfe“ im Todeslager dann auch gefunden hat.

Für den Kommunisten ist die geknechtete und entwürdigte Masse Mensch das Volk. Die brutale Gewalt ist für ihn Demokratie. Sein Werk ist die Volkdemokratie.

Die Freiheiten, die ihm die Demokratie, auch die österreichische Demokratie, gewährt, sind ihm Waffe zur Beseitigung der Demokratie. Es gibt darum auch keinen liberalisierten Kommunismus. Es gibt nur einen Streit zwischen Moskau und Peking darüber, welche Methode den besten Erfolg verspricht, das Ende

der freien Welt (auch unser Ende also) zu beschleunigen.

Mit dem Kommunisten diskutiert man darum nicht. Ihn bekämpft man.

Der österreichische Abklatsch jener politischen Kriminalität, das Zentralkomitee der KPÖ, wird heute und morgen, Sonntag, aller Voraussicht nach eine Wahlempfehlung zugunsten der Sozialisten beschließen. Am 6. März sollen Österreichs Restkommunisten sozialistisch wählen.

In ihrer Wahlempfehlung sehen die Türischnapper der sowjetischen Menschenräuber-Autos ihre letzte Chance, noch ein paar Jahre so tun zu können, als ob sie noch vorhanden wären. Das österreichische Volk soll nach ihren Plänen nicht erfahren, was es ohnehin schon weiß: daß der Bankrott der KPÖ perfekt ist.

Nach dem 6. März soll den Österreichern eingehämmert werden, daß die SPÖ ihre weitere Existenz als Regierungspartei nur der sogenannten Aktionsgemeinschaft zu verdanken hat — jenem großartigen Opfer der staatstragenden KPÖ, die auf eine eigene Kandidatur verzichtet, weil sie für sich ohnedies keine Chancen sieht, auch nur ein einziges Nationalratsmandat zu erlangen.

Nach dem 6. März soll den Österreichern eingehämmert werden, daß es 135.000 Kommunisten waren, die die ÖVP um dieses und um jenes Mandat gebracht haben; in beiden Fällen aber sicherlich um das entscheidende Mandat, das der stärksten Regierungspartei fehlt, um „noch mehr für Österreich leisten zu können“. So, als ob der Zerfall der Hunnenpartei seit den letzten Parlamentswahlen im November 1962 nicht mehr weiter fortgeschritten wäre. So, als ob auch 135.000 Kommunisten imstande wären, aus einer Partei, der ein Karl Renner, ein Theodor Körner, ein Adolf Schärf, ein Oskar Helmer, ein Johann Böhm und nicht zuletzt auch ein Oscar Pollak politisches Profil gegeben haben, eine kommunistische Partei zu machen.

Nach dem 6. März soll den Österreichern auch eingehämmert werden, daß das Bürgertum von einer roten Volksfront bedroht ist — daß die österreichischen Stiefelwichser der Sowjets und der Chinesen noch nie so gefährlich und einflußreich waren wie in diesem Jahr 1966.

? ? ? ? ? ? ? ?

WIR FRAGEN: Welcher Kommunist kann eine Partei wählen, die solche Jau-chekübel über ihn ausgießen läßt?



Man kann die Dinge sehen, wie man will. So eine Art von Mitleid etwa mit der SPÖ wäre verfehlt. Hier geht es um mehr. Nicht um eine Partei. Hier geht es um den Staat. Und der Staat steht über den Parteien. Er steht aber über der ÖVP genauso wie über der SPÖ.

Daß die Volksfrontpropaganda die innenpolitische Atmosphäre vergiftet, steht außer Zweifel.

Daß die ÖVP mit ihrem Vorsprung von sechs Nationalratsmandaten gegenüber den Sozialisten ihre primären Ziele, wie sie selbst sagt, nicht verwirklichen konnte, ist ihre Sache. (Wenn man eine Wahl, wie im November 1962, gewinnt, versucht man eben in den darauffolgenden Regierungsverhandlungen, seine Grundsätze durchzusetzen und nicht allein den Sessel des Außenministers zu ergattern.)

Daß die ÖVP selbst sich für so unfähig hält, daß sie nur noch mit einer absoluten Mehrheit im Parlament ihre Ziele glaubt verwirklichen zu können, ist ebenfalls ihre Sache.

Nicht ihre Sache sind aber die Mittel, mit denen sie die absolute Mehrheit in der gesetzgebenden Versammlung zu erringen versucht.

Mit Geschichtsfälschung und Verleumdung des politischen Gegners betreibt man in Österreich nicht Staatspolitik. In einem freien Land nämlich, dessen Grenzen zum großen Teil entlang des Eisernen Vorhanges verlaufen. In einem Land nämlich, das geopolitisch so exponiert ist wie wenige andere freie Länder der Welt — die aber alle nicht das Glück haben, ungeteilt aus den Folgen des zweiten Weltkrieges hervorgegangen zu sein.

Wenn es in diesem Wahlkampf eine sogenannte Volksfront gibt, dann gibt es auch eine Schattenkoalition der Interessen zwischen Volkspartei und Kommunisten. Denn wer jene Partei, für die kein Prädikat schlecht genug ist, derartig propagandistisch aufwertet, wie in diesen Tagen und Wochen die Volkspartei das tut, der darf sich dann auch nicht wundern, wenn ihm dieser Vorwurf nicht erspart bleibt.

Und wenn die ÖVP für den 6. März ein demokratisches Mittel weiß, die Kommunisten an der Stimmabgabe zu hindern, dann sei ihr freie Hand gelassen...

und unsere Stimme nicht weit. Nur ein sehr kleiner Teil der österreichischen Wählerschaft wird am 6. März die Möglichkeit haben, auf dem Stimmzettel die Arbeiterliste M L Ö ("Marxisten-Leninisten") anzukreuzen. Aber in ganz Österreich werden wir unsere Freunde und Genossen, alle jene, zu denen unsere Stimme schon dringt, auffordern, die Buchstaben M L Ö, das Bekenntnis zum kämpferischen Marxismus, zu den stolzen Traditionen und großen Zukunftshoffnungen der revolutionären Arbeiterbewegung, auf den Stimmzettel zu schreiben. Wir werden alles daransetzen, auch den Wahlkampf zu benützen, den arbeitenden Menschen klar zu machen, daß nicht in der Stärkung der einen oder anderen Regierungspartei oder ihrer Anhängsel, sondern in ihrem eigenen außerparlamentarischen Kampf, in der Besinnung auf die eigene Kraft, die Gewähr aller Erfolge liegt.



ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "Roten Fahne" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Bewegung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernststen Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit hindurch kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und lückenlose Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement S 65,-

Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Ein Abonnement gewährleistet außerdem die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der revolutionären Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich : Franz S t r o b l, Wien 15., Goldschlagstr. 64
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101